

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 1912, Fernsprecher: Amt Norden 2903 und 2906.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 1917, Fernsprecher: Amt Norden 9768.

Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 M. Für die Erhebung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einbindung der Bezugsgebühr erforderlich. — Die „Freiheit“ ist im ersten Nachtrag des Wahlgesetzes für 1919 eingetragen und heißt bei direktem Bezug ohne Bestellgebühr monatlich 2 M. bei Zustellung unter Briefband 4 M.

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang 3

Donnerstag, den 9. Januar 1919

Nummer 16

Vor größeren Kämpfen.

Die Lage.

Die Situation ist im wesentlichen noch unübersichtlicher. Die Nacht durch haben die Sicherheitskräfte an verschiedenen Stellen der Stadt fortgebaut und neue Opfer gefordert. Die Regierung hat Truppen zusammengezogen, die allmählich vorgehoben werden. Für den Nachmittags sind größere Zusammenstöße zu erwarten.

Verblendung.

Schießt, schießt, schießt! Werst sie nieder, so daß sie nie mehr sich erheben können! Macht ganze Arbeit und ersticht jeden Widerstand im Blute!

So tönt's aus der bürgerlichen Presse. Der Geist und die Sprache vom August 1914 sind wieder lebendig. Nur geht es diesmal nicht gegen die Engländer, Franzosen und Russen, sondern gegen die revolutionäre Arbeiterkraft.

Die Regierung fühlt sich stark; sie weiß, sie hat das Bürgertum wieder geschlossen hinter sich; sie denkt, es gibt noch ganz unaufgeklärte Truppen, es gibt vor allem verlässliche Offiziere, reaktionäre Studenten; sie ist des Bestandes der Generalität gewiß, denn nicht umsonst hat sie sich während der Revolution die Erfüllung der Soldatenforderungen sabotiert und der Demobilisierung Widerstand geleistet.

Sie will „Ordnung machen“, die „Gesellschaft retten“, ihre „Stärke“ beweisen, und wenn es noch so viel Arbeiterblut kostet. Deshalb lehnte die Regierung alle Verhandlung ab, forderte von vornherein unbedingte Kapitulation.

Sie weiß, was sie tut. Das Band mit dem Bürgertum, das gelodert war, knüpft sich wieder fest. Vor dem Ausgang der Nationalwahlen ist ihr nicht mehr bange. Im Verein mit den bürgerlichen Parteien, die die Nutznießer des Bürgerkrieges sind, ist ihnen die Mitregierung sicher.

Der Sozialismus allerdings ist dabei verloren. Aber die Führer der Rechtssozialisten haben es genug bewiesen, daß ihnen der Glaube an die sozialistischen Ideale fehlt. Sie sind zufrieden mit demokratischen und sozialpolitischen Reformen. Im Verein mit den bürgerlichen Demokraten gedenken sie die Regierung weiterzuführen.

Deshalb müssen sie ihre Stärke zeigen. Die Revolution soll als demokratische, sozialreformatorische ihren Abschluß finden, ihrer Fortführung Einhalt getan werden.

Und die Arbeitermassen, die hinter diesen Führern stehen? Deren Fühlen sie sich sicher. Länger als vier Jahre haben sie die Kriegspolitik der Scheidemannier ertragen. Selbst nach der Revolution haben sie sich hinter dieselben Führer gestellt; an Aktivität, an eigener Stellungnahme lassen sie es fehlen. Nicht auf sie braucht Rücksicht genommen werden, denkt die Regierung, sondern auf das Bürgertum, das nicht kopfscheu gemacht werden darf, auf die Generalität, auf das Offizierkorps, auf dessen Hilfe sie rechnet. Deshalb keine Verhandlungen!

Oh sich die Regierung nicht täuscht? Die Hilfe des Bürgerturns, die Hilfe der Generalität ist nicht umsonst zu haben; sie wird, nicht der Regierung, aber der Arbeiterklasse, dem Sozialismus, der Revolution noch teuer zu stehen kommen. Gente noch im Gefolge der „sozialistischen“ Regierung, wird morgen die Generalität, das Offizierkorps, das Bürgertum ihre Herrin sein!

Nach die Arbeiter? Nun sie werden ermorden, sie werden mit den Führern Abrechnung halten, wenn sie leben, wozu diese Politik sie führt, wie sie um die Erhaltung

ihren Revolution gedreht sind, wie sie wieder unter das Joch des Kapitalismus sich beugen müssen.

Aber wie fürchten, dann wird ihnen das fürchtbare Vordringen entgegen: Zu spät! Denn jetzt gilt es zu handeln, jetzt gilt es Protest zu erheben gegen den Bruderkrieg, jetzt gilt es die Weisheit zu wahren einer Politik des Brudermordes, einer Politik des Bundes mit dem Bürgerturn zur Niederwerfung eines Teils des Proletariats!

Wie erit das Blutbad angeht, dann ist nicht wieder gut zu machender Schaden geschehen, dann ist die Sache des Sozialismus aufs schmerzliche gefährdet.

Und warum das? Es ist nicht wahr, daß die Verhandlungen ergebnislos bleiben müßten, sie sind ja gar nicht erst begonnen worden, sie wurden ja von Regierung und Senatrat mit voller Absicht sabotiert, verweigert, verhindert, um Zeit zu gewinnen für die Heranziehung von Truppen, zur Anwerbung der Offiziere und Studenten.

Nein, die Regierung will keine Verständigung, weil sie die Folgen für ihren Bestand fürchtet. Sie weiß, die Ebert, Scheidemann und Landsberg sind nun einmal in großen Teilen des Proletariats die Verkörperung der Politik des Krieges, der Preisgabe des Sozialismus und sind es seit dem 24. Dezember erst recht. Sie fürchtet die Vertreibung der Arbeitermassen, die Herstellung der proletarischen Einheitsfront könnte über ihre Köpfe hinweggehen.

Setzt die proletarische Einheitsfront ist eine unerlässliche, unabwendbare Notwendigkeit, soll der Sache des Sozialismus zum Siege geführt werden.

Darf sie an Personentagen scheitern? Die Frage auszuweichen, heißt sie vernichten!

Nur Unheil, alle Wirrungen, die seit dem 9. November über die deutsche Arbeiterklasse herabgebrochen sind, entspringen keiner Spaltung, entspringen dem Umstande, daß es nicht gelingen will, die sozialistischen Parteien in gemeinsamer, zielklarer, genau formulierter Arbeit für die kleinste Durchführung des Sozialismus im gemeinsamen Kampf zu führen. Das schlimmste Hindernis sind diejenigen Führer, die aus ihrer Vergangenheit heraus nun einmal nicht gelernt sind, dieses Werk zu vollführen. Die Kräfte trennt nichts als die unglückliche, unsozialistische Führung!

Diese Erkenntnis bricht sich Bahn und die fürchterlichen Vorgänge, die wir nun seit vier Tagen erleben müssen, wird diese Erkenntnis fördern. Diese Regierung ist schädlich für die sozialistische Sache. Wir brauchen ein Uebergangsministerium, ein sozialistisches Arbeitsministerium, zusammengesetzt aus Vertretern der sozialistischen Parteien, die ehrlich zusammenarbeiten wollen und es können, weil nicht die Vergangenheit einen Abgrund zwischen ihnen aufgerissen hat, sondern der Glaube an die Zukunft sie zusammenführt.

Mit Ebert, Scheidemann, Landsberg und Noske ist die Sache des Sozialismus verloren, ohne sie ist sie in Deutschland unüberwindlich. Zonen sich zu unterwerfen ist unmöglich, ohne sie sich zu verständigen leicht.

In diesem Bewußtsein führen wir den Kampf, den jene zu verantworten haben, fort. Sie wollen die Gewalt! Die Berliner Arbeiter, die revolutionären Soldaten werden zeigen, daß der Geist des 9. November in ihnen lebendig geblieben ist. Sie wissen daß sie für die gute Sache kämpfen.

Und nun schießt! Schieß, aber wagt, daß Ihr die Revolution, daß Ihr den Sozialismus treffen werdet!

Kundgebungen gegen die Regierung.

Protest der Braunschweiger Volks-Regierung.

Die Braunschweiger Regierung sendet an die Regierung in Berlin folgendes Telegramm:

Die hiesige Regierung protestiert energisch gegen die Verhängung des Besatzungsrechts sowie gegen die bereits an-

genommenen Maßnahmen zur Sicherung der Revolution. Künftig wird von und mit allen verfügbaren Mitteln eingegriffen, um die revolutionäre Arbeiterkraft zu unterstützen. geg. Mergel, Weißent.

Protest des Arbeiterrats Halle.

Aus Halle geht und folgendes Telegramm zur: Der Arbeiterrat Halle hat einstimmig den Beschluß gefaßt, der Regierung Ebert-Scheidemann das Vertrauen zu entziehen. geg. Allan.

Protest der Marine.

In der heutigen Vollversammlung des Soldatenrates des Reichs-Marine-Armes und des Admiralsstabes wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Es ist unabweisbar, daß ein großer Teil des Proletariats das Ausschreiben von Ebert, Scheidemann, Noske und Landsberg aus der Regierung fordert. Zur Bekämpfung des Bruderkrieges wird der Soldatenrat die genannten Regierungsvertreter, zugunsten von Sozialisten, die sich rückhaltlos auf den Boden des Erfurter Programms stellen, zurückzutreten.“

Die Nachkämpfe.

Das Gewehrfeuer und das Plätschen von Handgranaten heuchelte während der ganzen Nacht die Bevölkerung Berlins. Es wurde in fast allen Stadtteilen geschossen. Die Regierungstruppen, die sich meist aus blutigen Leuten zusammensetzen, zeigen sich nicht der Situation gewachsen. Auf irgendein Geruch hin geht die Anstalt auf Häuser und Balkone los. Die Gebäude in der Straße Unter den Linden, Ecke Wilhelmstraße und weiter nach dem Schloßplatz zu tragen vielach Schußspuren, ein Bewußt, doch blindlings darauf los geschossen wird, denn es ist völlig ausgeschlossen, daß in diesen Gebäuden Spartakusse hausen und auf die Regierungstruppen schießen.

Morgens zwischen 4 und 6 Uhr hieß es plötzlich, die Spartakusse hätten sich in dem

Postgebäude der Dorostienstraße,

hinter vor der Schadowstraße, verkantet. Das Gebäude wurde unter heftiges Maschinengewehr- und Gewehrfeuer genommen. Auch mit Handgranaten ging man gegen das Gebäude vor. Fämtliche Fensterheben nach der Straßenfront zu sind zerstört. Die Mannern tragen unzählige Schußspuren. Auch die Nachbargebäude sind stark beschädigt, ebenso trägt der Hof und der Eingang zum Paketpostamt deutliche Schußspuren. Als das Gebäude genommen war, stellte sich heraus, daß nicht ein einziger Spartakus sich in dem Gebäude versteckt hielt. Es waren lediglich Postbeamte darin verammelt, die in ihrer Arbeit gestört worden sind und sich in die Kellerlöcher verflüchten mußten, um ihr Leben zu schützen.

Zwischen 5 und 6 Uhr ging die Anstalt wieder

vor dem Reichstagsgebäude

und vom Brandenburger Tor aus auf die Umgebung los. Rein Mensch wußte warum. Die Leute, die vom Tiergarten aus ihrer Arbeitsstelle in der Stadt ausstrebten, mußten sich hinter das Gebüsch klüften. Es wurde auch mit Handgranaten geworfen. Wiederum wurden geballte Ladungen verwendet. Diese verursachen eine heftige Explosion. Man vermeint, es würde mit Artillerie geschossen. Und dieses Gerücht war es auch, was die Bewohner Berlins in den Morgenstunden aus dem Schlafe wachte. Hier können nur Regierungstruppen gegeneinander gekämpft haben. Denn es war weder ein Ziel für die Handgranatenkämpfe, noch ein Ziel für das heftige Maschinengewehrfeuer vorhanden.

Auf das

Volksische Telegraphenbureau,

das noch fest in der Hand der revolutionären Truppen ist, wurde früh zwischen 1 und 3 Uhr ein Anstalt mit Kanar-

Vertrauensleute, Bezirksführer!

Sofort von den Kreisleitungen Plakate abholen, aufkleben und bei allen öffentlichen Versammlungen und Demonstrationen mitführen.

Der Propagandaausschuß.

automobilen unternommen. Die Besatzung, die zum Ausbruch bereit war, schlug den Angriff ab, ohne den Angreifern Verluste an Toten und Verwundeten zu, und büßte selber zwei Tote ein. Durch den Kampf haben ebenfalls die Nachbargebäude stark gelitten. Die Häuser tragen Schutzhüllen. Die Leitungsdrahtseile der Straßenbahnen sind teilweise zerstört, viele Fensterheben zerstört.

Um das Gebäude der

Druckerei Rosse

haben sich in der Nacht ebenfalls heftige Kämpfe abgepielt. Der Kampf dauerte von 10 Uhr abends bis 3 Uhr früh, fast ununterbrochen. Die revolutionären Truppen wurden durch Regierungstruppen und Zivilisten von den gegenüberliegenden Häusern aus beschossen. Sie wehren alle Angriffe ab und haben das Gebäude noch wie vor fest in ihren Händen. Die Besatzung erlitt bei den Kämpfen den Verlust von zwei Toten. Die angreifenden Truppen sollen 30 Tote und eine große Anzahl Verwundete auf dem Kampfplatz zurückgelassen haben. Wieder wurde mit Maschinengewehr und Handgranaten gekämpft.

Der Kampf lebt

in den Morgenstunden

von neuem auf, erreicht allerdings nicht die Heftigkeit, die er während der Nacht angenommen hatte. Es kam bisher lediglich zu kleinen Plänkchen. Die es heißt, sollen in der Umgebung Regierungstruppen zusammengezogen sein. Sie wollen vom Dönhofsplatz aus vorrücken und das Rossegebäude während des Nachmittags im Sturm nehmen. Das Gebäude ist in weitem Umkreis abgesperrt. Leider halten sich an den Strahlenden umhüllte Reugierige auf. Wenn es zum Kampfe kommt, werden auch von ihnen wieder Opfer zu beklagen sein.

Auch vor dem Brandenburger Tor, im Tiergarten und in der Nähe des Potsdamer Platzes sind Regierungstruppen verammelt. Diese sollen während der Nacht durch Anzug von außerhalb wesentlich verstärkt worden sein. Es ist deutlich wahrzunehmen, daß die Regierungstruppen ihre Posten weiter in das Innere der Stadt zu verschieben. Die Leipziger Straße kann bis zur Friedrichstraße nur noch mit Ausweis passiert werden. Die Wilhelmstraße, das Brandenburger Tor, die Luisenstraße von der Doroshoenstraße aus, sowie verschiedene andere Nebenstraßen sind abgesperrt. Die Regierungstruppen nehmen dem Publikum gegenüber eine sehr herausfordernde Haltung ein. Allgemeine Verwunderung erregt es, daß die Regierung Ebert-Scheidemann nur blutjunge Menschen zu ihrem Schutze aufstellen kann. Man befürchtet durch diese Maßnahme das Schlimmste für Berlin.

Die Reichsdruckerei

die bis gestern abend von revolutionären Arbeitern besetzt war, soll nach einer Meldung des „Völkischen Couriers“ in späteren Nachtstunden von Regierungstruppen, nach heftiger Beschießung, zurückerobert sein.

Wie sie heßen.

Die bürgerlichen Organe können es kaum erwarten, daß die Straßen Berlins mit Arbeiterblut überschwemmt werden. „Wilt die Regierung — erklärt die „Tägliche Rundschau“ — Deutschland nicht völlig im Stumpf umkommen lassen, will sie verhindern, daß sich in den nächsten Tagen schon weitere Teile des Reiches abgliedern, so ist sofortiges Eingreifen in Berlin notwendig. Es ist die letzte Stunde.“ Dasselbe Blatt bringt die Whartafmeldung, daß die Exulente angeführt der Vorgänge in Berlin Sicherheiten für die Erfüllung der finanziellen Verpflichtungen Deutschlands verlange und drohe, sich nötigenfalls diese Sicherheiten auf eigene Faust zu verschaffen.

Ein anderes Berliner Blatt, die „Germania“, spricht angesichts der sich abspielenden Ereignisse der Sozialdemokratie als Ganzes jede Regierungsfähigkeit ab. Welche Konsequenzen daraus gezogen werden sollen, ist klar. Weil offener, als das Berliner Zentrumsorgan, heißt die „Völkische Volkszeitung“, das Organ der Rheinischen Zentrums-partei. Sie höhnt über die Regierung, daß sie nicht den Mut habe, Gewalt gegen Gewalt zu setzen. Ob sie den Mut in den nächsten Stunden oder Tagen findet, das sei nun die große Frage, deren Beantwortung keinen Aufschub mehr duldet.

„Jetzt geht es hart auf hart; jedes Kompromiß wäre nur eine neue Niederlage der Reichssozialisten und der endgültige Beweis für ihre Unfähigkeit, Deutschland zur Ordnung und zum Frieden zu führen.“

Zum Schluß droht dasselbe Blatt, dessen verräterische Haltung in der Frage der Bildung einer rheinischen Republik noch in aller Erinnerung ist, mit dem Klotz der Propaganda von Berlin. Berlin werde wie ein Bär abgeleert sein vom wirklichen Deutschland, wenn die Regierung sich nicht endlich zu „Taten“ aufschwingt.

Auch die Demokraten dürsten nach solchen Taten. Die „Demokratische Partei-Korrespondenz“, das Organ des linken Flügels des Fürstentums, sprach schon Dienstag die Hoffnung aus, daß der Augenblick gekommen sei. „In dem auch die friedliche Regierung Ebert die Notwendigkeit zum Dreinschlagen“ einsehe. Und in ihrer Mittwoch-Nummer erklärt sie parteioffiziell:

„Die Deutsche Demokratische Partei hat sich überaus glücklich gefühlt hinter der Regierung, wenn sie ernstlich daran geht, Ruhe und Vertrauens in Berlin wieder herzustellen. Wir hoffen nur, daß die dann endlich erwachte Energie nicht noch im letzten Augenblicke wieder versinken mag.“

Keinlich äußert sich heute früh der linksliberale „Völkischen-Courier“:

„Jetzt ist die Frage, was in den nächsten Tagen geschehen soll, für alle, die an der Ordnungsmacht stehen: Sozialisten.“

Bürger, Offiziere, keine Angelegenheit der inneren Politik mehr, sondern der Taktik und Strategie. Um nichts anderes dürfen sie sich kümmern als um das nächste Notwendige.“

„No nicht mehr „innere Politik“, nicht mehr Verhandlungen, sondern „Taktik und Strategie“, d. h. brutales Dreinschlagen. Darum handelt es sich selbst bei den „Demokraten“. Sie fürchten, wie ihr offizielles Organ zu verstehen gibt, daß die Regierung nicht noch im letzten Augenblick vom Wege des Brudermordes auf den Weg der Vernunft zurückkehre. Sie fürchten, daß es noch im letzten Augenblicke zu einer Verständigung zwischen den kämpfenden Parteien käme. Sie hoffen und beten, sie müßten die Regierung zu immer härteren Gewaltmaßnahmen anst. Sie leben im Hintergrunde und warten mit stierhaftem Ungeduld auf den Augenblick, wo die Arbeiter und Soldaten, bisher Kampfgenossen in der Revolution, sich gegenseitig niederknallen, sich gegenseitig töten, um dann als lauernde Tritter die Front einzunehmen und die Revolution abzuwürgen.“

„Arbeiter, Soldaten, Parteigenossen! Macht diese Hoffnungen der Gegenrevolution zuhause! Laßt Euch nicht in den Abgrund stoßen, in dem alle unklare Ertragschaften vernichtet werden. Schlicht nicht aufeinander!“

Die Soldatenforderungen.

Wie erhalten folgendes Schreiben:

„Bitte haben Sie die Güte, folgenden Zeilen Aufnahme zu gewähren:

Die Jugendigkeit zur sozialdemokratischen Mehrheitspartei und -fraktion verhindert mich nicht, nach wie vor mir das Recht der eigenen Meinung vorzubehalten. Die Fraktionen des nicht mehr funktionierenden Reichstags treten nicht zusammen, die Regierung hat keine Zeit, noch mehr zu konstatieren als sie es ohnehin schon tun muß, sobald man die seine Sorgen nicht eintündlich genug nachbringen kann, der „Allmatum“ ist in Spezialausgaben, so bitte ich denn Sie, mich dieses sagen zu lassen:

Es wäre, wie mir scheint, unverantwortlich, den Abschluß des Friedens unter den Arbeitern der verschiedenen Gruppen an der Rücknahme der 8 Forderungen“ oder des sogenannten „Allmatum“ scheitern zu lassen.

Ich erkläre zunächst für meine Person, daß ich unter den jetzigen Verhältnissen es für selbstverständlich halte, daß

1. die Offiziere die Waffen abzugeben haben,
2. die Kampfabzeichen bis auf weiteres zu entfernen sind,
3. die deutsche Kommandogewalt in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte gehet; allerdings meine ich, daß man im Prinzip die Gegenzeichnung aufrecht erhalten soll.

4. Die Wahl der Führer durch die Mannschaften muß gesichert werden, wobei ich als selbstverständlich voraussetze, daß auch Offiziere gewählt bzw. bestätigt werden können, wenn sie das Vertrauen ihrer Leute haben. Dieses Zusammentreffen kann man so eher gemacht werden, als betarlig beständige oder gewählte Führer auch jederzeit durch Mißtrauensvotum abrußbar sein müssen.

5. Soweit die alte Keme noch nicht aufgelöst ist oder sich noch nicht auflösen hat, halte ich ihre „völlige Auflösung“ im allseitigen Interesse (auch dem der gegenwärtigen Regierung) für dringend geboten, da sonst und vorher doch kein erträglicher Zustand zu erwarten ist. Daß demgemäß auch Formationen wie die sogenannte Suppegarde aufzulösen sind, ist selbstverständlich. Ebenso, daß sobald wie irgend möglich die Einführung der „wirklichen Volkswehr“ zu bevorzugen ist.

6. Stellungnahme zum Verhalten des Kriegsministeriums und des Armeekommandos in Sachen ihres Verhaltens gegenüber den Beschlüssen des Kongresses der A- und S-Räte ist ohne weiteres anzugehen. Wie kann die Regierung vom Kongreß zwar eine Kontrollinstanz, der sie sich unterstellt, entgegennehmen, oder andere Beschlüsse desselben Kongresses mit Füßen treten lassen? — Fast muß man annehmen, daß hier wie auch sonst Mißverständnisse obwalten, die durch Aussprüche leicht zu beseitigen wären.

Allerdings muß ich hinzufügen, daß ich wünsche, es möchte so bald wie nur irgend möglich die Nationalversammlung zustande kommen und Bestimmungen treffen, durch die „endgültig“ festgelegt wird, wie die militärischen Dinge zu handhaben sein sollen.

Dies alles ist — wie gesagt — meine persönliche Ansicht. Ich bin mir aber keinen Augenblick im Zweifel darüber, daß — wenn wir Gelegenheit hätten, mit dem Partei-Ausschuß, zu einem Parteitag oder dergleichen zusammenzutreten — ein großer Teil, vielleicht die Mehrheit meiner Genossen von der Mehrheitspartei meiner hier kurz dargelegten Auffassung beipflichten würde.

Jedenfalls darf gegen jenes „Allmatum“ auch nicht ein Tropfen Blut vergossen werden!

Georg Davidsohn.

Die Gegenrevolution mündet.

Wie uns von verschiedenen Seiten mitgeteilt wird, ist namentlich in den Berliner westlichen Vororten eine lebhaftere gegenrevolutionäre Bewegung im Gange. Schon das Straßenbild zeigt dem aufmerksamen Beobachter, daß von den Gegenrevolutionären nach einem einheitlichen Plane gearbeitet wird. Unter den Arbeitern, die sich bei den Straßenansammlungen in heftigem, revolutionären Sinne betätigen, sollen längere und ältere Leute auf, denen man den Offizier auf den ersten Blick ansieht. Wie sind zwar äußere regierungstreue und ordnungsliebend, aber hinter allen Forderungen zur Unterstützung der Regierung und Wiederherstellung der Ordnung läßt man unklar den Wunsch heraus, selbst an die Macht zu gelangen und der „revolutionären Bande“ die alten blutigen Ordnungsmethoden zu zeigen.

Diese äußeren Merkmale der gegenrevolutionären Agitation, sind nicht die einzigen bedrohlichen Anzeichen. Wie uns aus zuverlässiger Quelle berichtet wird, finden an verschiedenen Orten heimliche Sitzungen gegenrevolutionärer Elemente statt, die unter der Maske der Bildung von Bürgerwehren anscheinend eine große

angelegte Verschwörung vorbereiten. Von einer solchen Sitzung die gestern Abend in einem Lokal im Berliner Westen stattfand, wird uns soeben berichtet:

Als Redner trat ein junger Mann auf, der sich als Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates ansah. Er forderte zur Gründung einer Bürgerwehr auf und erklärte, Koble sei nur eine Puppe, der eigentliche Mann sei der frühere Kriegsminister Scheidemann, hinter dem Hindenburg und Ludendorff ständen. Wenn die Offiziere heute Scheidemann und Ebert Kreuz schändren, so sei das nur ein Scheinwurf. Folgender Plan wurde dann entworfen: Die wichtigen Positionen, die von der Regierung noch nicht besetzt seien, sollten überbrückt werden, und zwar durch geringe Mannschaften, hinter denen die Bürgerwehr mit unter den Mänteln verborgenen Handgranaten vorgehen soll. Als Hauptversammlungsraum zum Eintritt in die Bürgerwehr wurde die „Wumba“ bezeichnet. Waffen sollten im Polizeipräsidium am Charlottenburg gekauft werden. Weitere Mittelungen geheime Natur, die in der Versammlung gemacht wurden, veröffentlicht wir vorläufig nicht. Hervorzuheben ist, daß sich unter den Anwesenden zahlreiche Offiziere im Zivil, darunter auch höhere Chargen, befanden.

Diese Angaben bedeu mit erschreckender Offenheit die Ziele auf, die das gegenrevolutionäre Bürgertum, geführt von Offizierelementen, sich stellt. Es hält bereits die Stunde für gekommen, um dem Proletariat die Macht zu entreißen, und unterstützt zu diesem Zweck die Regierung Ebert-Scheidemann-Koble, um sie nach ihrem Sieg sofort zur Seite zu schieben und ein vollkommen unerschütterliches gegenrevolutionäres Blutregiment aufzurichten. Wessen sich die Arbeiter und Soldaten dann zu gewärtigen haben, braucht nicht näher dargelegt zu werden. Ueber die Köpfe der Ebert, Scheidemann und ihres Anhangs wird dann die schmutzige Welle der Gegenrevolutionäre hinweggetragen und alles auf ihrem Wege fortgeschwemmt, was die Revolution geschaffen hat. Das ist die Zukunft, auf die die Mehrheitssozialisten, geführt von ihrem großmütigen Führer, hinsteuern. Sie haben eine furchtbare Verantwortung übernommen, von ihnen allein hängt es nun ab, ob die Revolution bestehen bleibt oder von der gegenrevolutionären bürgerlichen Bande im Blut erstickt wird. Mögen die Massen der Mehrheitsanhänger, die heute noch hinter ihrem Führer herdreiten, diese Gefahr im Auge behalten und nach im letzten Stunde dafür sorgen, daß der Einfluß jener von Koblebündel erfüllten Führer gebrochen werde, die sich jeder Einigung mit den revolutionären Arbeitern und Soldaten widersetzen und die Wiederherstellung einer einzigen proletarischen Front unmöglich machen.

Die Regierungssozialisten als Geistesstänker.

In den Mauern prangten heute morgen Plakate mit folgender Aufschrift in roten Lettern: „Wir haben die Revolution gemacht, um den Krieg zu beenden. Sozialismus will eine neue Revolution, um einen neuen Krieg anzufangen!“

Als ob es nicht die Scheidemannier gewesen wären, die bis zum 9. November mit allen Mitteln versucht hätten, die Revolution zu verhindern. Sie spekulieren aber jetzt auf die Gedächtnisschwäche und Zudringlichkeit vieler Arbeiter, die die Sünden der Scheidemannier schon wieder vergessen haben.

Die Engländer räumen Auland?

Das g., 8. Januar.

Die Exchange-Agentur meldet, daß die in Auland befindlichen englischen Truppen in Stärke von etwa 20 000 Mann demnächst zurückgezogen werden sollen.

Achtung! Soldatenräte der U. S. V.

Zu in der heutigen Morgenausgabe der „Freiheit“ angekündigte Auktionssitzung findet um 4 Uhr nachmittags im Abgeordnetenhaus (Sitzungsaal) gemeinsam mit den Arbeiterräten statt.

Achtung! U. S. V. Letzten Freitag, den 7. Januar, den 9. Januar, abends 6 1/2 Uhr, im Reichsbureau, Neustadt, Redaktionsstraße 8, Sitzung des Kreisvorstandes und der Wahltagungs-kommission. Erscheinen dringend notwendig.

Verkehrssammlung. Für die gesamten Vertriebsstellen Berlins findet am 10. Januar 1919, vorm. 7 1/2 Uhr, in Prenzlauerberg, Postabteilung und allgemeine Verkehrsversammlung statt. Die Arbeiter und Angestellten aller Parteien haben zu erscheinen.

Der Arbeiterrat. Edward Fernstein spricht über „Was ist Sozialismus?“ in einer freien Lehrer- und Pädagogerversammlung am Freitag, den 10. d. M., 10 1/2 Uhr vorm. im Lehrervereinshaus.

Eine merkwürdige Erklärung.

Zeit gestern früh sind die Telefonleitungen der Redaktion und Expedition unseres Blattes gestört. Auf unsere Erkundigungen beim zuständigen Postamt wurde unserem Redaktionsschreiber erklärt, es liege eine Kabelstörung vor, durch die alle Leitungen auf unserem Grundstücke betroffen seien. Es heute mit tag war merkwürdigerweise die „Störung“ nicht behoben, wodurch wir in unserem Betrieb empfindlich geschädigt werden. Wir erheben hiermit die Protest gegen diese Schädigung unseres Blattes, die offensichtlich nicht nur auf technischer Ursachen zurückgeht.

Alle Genossen werden aufgefordert, uns über wichtige Vorgänge, Wahrnehmungen und Einzelheiten der vor sich gehenden Kämpfe persönlich zu berichten. Unsere Telefonleitungen sind gestört, deshalb müssen unsere Genossen und auf diese Weise unterstützen.

Bevorzugt für die Redaktion: Alfred Blöchl, Krähbühl, Druck des Einbandwerkes und Verlagsanstalt in der Schiffbauerdamm.